

Die Constitution.

Tagblatt

für constitutionelles Volksleben und Belehrung.

Verantwortlicher Redakteur:

E. Häfner.

Motto: Freiheit und Arbeit!

Mit-Redakteure:

M. Grigner. E. Hauf.

N^o 130.

Wien, Dienstag den 29. August

1848

Wien. — Es ist am Tage, das Ministerium ist untreu geworden der Sache des Volkes, auf dessen Schultern es emporgehoben worden. Wir haben gefehlt, daß wir ihm Vertrauen schenkten, von dem Tage an, da es sich zu der Lehre bekannte, in der Politik gäbe es keine Schlichtigkeit. Das Ministerium hat dieß gethan, indem es den Mann in sich aufnahm, der diesen Satz ausgesprochen, indem es der öffentlichen Moral trotzte, die sich gegen diese Aufnahme sträubte. Der Erfolg hat der öffentlichen Stimme Zeugniß gegeben — das Ministerium ist demoralisirt, d. h. es hat sein eigenes feierlich gegebenes Wort über Bord geworfen. Das Ministerium hat die Dictatur an sich gerissen und unter seiner Meinherrschaft ist Wiens Ehre, die der vereinigte Ausschuß immer unbesiegt erhalten, vor der ganzen Welt mit Bürgerblut besudelt worden. Der Minister des Innern hat zwar gesagt, die Nationalgarde habe ihre Pflicht gethan — von der Sicherheitswache hat er nicht gesprochen. Die Pflicht der Nationalgarde ist aber, für Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu sorgen, nicht ihrer Gereiztheit, ihrem Unmuth den Zügel schießen zu lassen; nun weiß man jedoch, daß schon vor dem Ausbruche des Unglücks die Stimmung unter den Garden, zumal in gewissen Bezirken, eine sehr gereizte war, daß Männer, die zur Mäßigung rathen, nur mit Mühe thätlichen Mißhandlungen entgingen. Der vereinigte Ausschuß hatte mit demselben bösen Geiste zu kämpfen; aber er vergaß seine Bestimmung nicht und stellte jedesmal die Ruhe her, ohne nachzugeben und ohne Blut zu vergießen. Desto schlechter ist das Debut des Gemeindevorschusses ausgefallen, dem das Ministerium gute Worte gibt, daß er selbst sich auflöse, während es duldet, daß dem vereinigten Ausschuß von jenen, welchen seine vorkühnliche Richtung im Wege war, der Lebensboden tüchtig weggezogen wurde. Der Minister hat dem vereinigten Ausschusse eine ehrenvolle Grabchrift gesetzt; aber er hat dasselbe Zeugniß auch dem Gemeindevorschusse gegeben. Uebrigens bedarf der vereinigte Ausschuß von diesem Ministerium weder eines Zeugnisses, noch einer Grabchrift; beides wird ihm die Geschichte weit glänzender und ehrenvoller geben, als das Ministerium vermag, denn man kann nicht mehr geben, als man selber hat.

Das Ministerium hat erklärt, daß es alle Verantwortung auf sich nehme. Das ist ein leerer Schall, wenn man sich der Dictatur bemächtigt. Nun wird sich aber Jeder, der den Verhandlungen des Reichstages beiwohnt, noch gar wohl erinnern, daß der Minister des Innern von dem Mangel eines Gesetzes über Ministerverantwortlichkeit in einer Weise ge-

sprochen hat, nach welcher bis zum Dasein eines solchen Gesetzes ein Minister gar nicht verantwortlich gemacht werden könnte. — Ich frage, in welchen Schlingen sind wir? — Ich gestehe, ich kann noch immer nicht glauben, daß der Minister des Innern diese Schlingen selbst gelegt hat — wenn aber nicht, so liegt er selbst in diesen Schlingen, in der Wirkung jedoch ist es einerlei, ob wir mittelbar oder unmittelbar betrogen sind. Das bruske Auftreten der Minister, namentlich des Justizministers bei Interpellationen, hat schon seit einigen Tagen einen Blick in die Ränke thun lassen, mit denen man das Haus umspinnen; man achtet es nicht mehr, seit man meint, seiner Mehrheit gewiß zu sein. Man wird freilich entgegen, daß man nicht das Haus verlegen, sondern nur zubringliche und unnütze Fragen habe zurückweisen wollen; die Minister mögen aber wissen, daß sie, wenn auch von Einzelnen gefragt, doch dem ganzen Hause ihre Antwort geben, daß also ihre Stimmung gegen der Fragenden nicht in ihre Antwort gehört.

Das Ministerium hat die Entschädigung zur Kabinettsfrage gemacht. Es hat seine Meinung frei, wie Jeder die seinige frei hat; aber dann hat es damit herauszutreten zu rechter Zeit, und nicht zuzugeben, daß dem Antragsteller durch sophistische Auslegung der Geschäftsordnung das ihm gebührende letzte Wort genommen werde. Am 26. August wurde es erklärt, wie das Ministerium so ohne alle Achtung gegen das Haus verfahren konnte. Es war offenbar Absicht, die Versammlung unter dem Eindrucke der zahllosen Millionen des Justizministers wie unter'm Messer abstimmen zu lassen; aber die Minister mögen wissen, daß das bloße Wort eines Ministers heutzutage nicht mehr unwidersprechlich ist, daß wir also auch schon über die Zahlen an sich Zweifel hegen dürfen. Ueberdem hat der Minister die Gegenrechnung ganz und gar vergessen, wie er denn überhaupt auf der einen Seite nur Pflicht, auf der andern Seite nur Recht sehen will. Man hat uns schrecken wollen mit der Aufregung, welche die Verweigerung der Entschädigung herbeiführen soll — meinen denn die Minister, der Zorn über die Ausbärdung der Entschädigung, wo man selbst Entschädigung zu fordern hätte, werde geringer sein? — Und haben sie denn ganz vergessen die Bitterkeit der Abrechnung? — Werden die Grundlasten ohne Entschädigung aufgehoben, so ist die Frage mit einem Federzuge abgethan, und nur die Selber der Waisen, der öffentlichen Anstalten u. w. werden aus dem Allgemeinen, oder wie man so zu sagen pflegt, durch den

Staat gedeckt, und über alles vergangene Unrecht wäre der Schleier des Vergessens und Vergessens geworfen; mit der Entschädigung tritt das Rechnen ein und es wird auskommen, wie vielfältig selbst nach den Satzungen, welche altes Unrecht zu Recht stempelten, zu viel erhoben worden, wie die von 13 zu 150 angeschwollenen Robottage der Bauern der Bukowina ein Beispiel sind. Ähnliche Umstände sind auch anderswo, und da kann es leicht geschehen, daß manche bisher Berechtigten statt zu empfangen müssen. Das Ministerium wird also, wie es Wien durch seine Dictatur nicht beruhigt, sondern entzweit und den Terrorismus der Reaction hat gewaltthätig werden lassen, auch über das ganze Land nicht die Palme des Friedens schwingen, sondern Brandfackel der Erbitterung entzünden.

E. Wintersberg.

Die erste Cabinettsfrage

Nachdem der Rudlich'sche Antrag eine beinahe drei Wochen lange Debatte ausgehalten, und in allen seinen Partien so vielfach beleuchtet worden, hätte man erwarten können, daß das Organ des Ministeriums, der Justizminister Bach, nicht bloß eine Ansicht des Ministeriums in dieser Frage, sondern auch eine gehörige Begründung dieser Ministerialansicht werde vorzubringen wissen; allein statt dessen, anstatt in die Frage gründlich einzugehen, wirft der Justizminister mit einigen hohlen Fragen um sich, und findet kein schlagenderes Argument für die Entschädigung, als daß das Ministerium mit ihr stehen und fallen will. Was der Justizminister sonst noch zur Begründung seiner Ansicht in Ausführung von immensen Zahlen verwendet hat, ist purer Unsinn und beweiset weiter nichts, als das Ziffergedächtniß des Justizministers für den Fall, wo er seine Millionen nicht eben so wie seinen ganzen Vortrag zu Papier gesetzt vor sich hatte. Der Justizminister wollte eigentlich sagen, daß für den Fall, daß man die Grundherrschaft nicht entschädigen wollte, ihre Güter an Werth bedeutend verlieren, und dadurch alle jene, welche verhypothekirte Schuldforderungen an diesen Gütern haben, einen Theil ihrer Hypothek verlieren würden. Dieses setzt erstens voraus, daß die auf den Gütern lastenden Schulden so groß sind, daß sie den Werth der Güter selbst nach Abzug desjenigen Theiles von demselben, welcher durch die Entlastung der Bauern wegfällt, übersteigen, was aber die Statistik leugnet. Wenn man aber selbst diese Voraussetzung zugibt, so ist noch immer nicht einzusehen, wie so der Justizminister annehmen kann, daß die Gläubiger den dritten Theil ihrer Hypotheken verlieren würden. Der Justizminister sagt, daß der Gesamtbodenenertrag jährlich 700,000,000 ausmache, wovon er den dritten Theil, also 230,000,000 beiläufig auf den Rustikalgrund schlägt. Schon in dieser Angabe widerlegt sich der Justizminister, denn wenn der Gesamtertrag des Rustikalgrundes den dritten Theil des Gesamtbodenenertrages ausmacht, wie ist es möglich, daß derjenige Theil des Rustikalgrundertrages, welcher bisher an die Grundherrschaften abgegeben werden mußte, den dritten Theil betragen solle von dem als Hypothek dienenden Gesamtertrag des Dominikalgrundes? Wenn der Dominikalgrundertrag nach obiger Rechnung 460,000,000 beträgt, und wenn man die Belastung des unterthänigen Rustikalgrundes so hoch anschlägt, daß der fünfte Theil des Rustikalgrundertrages für die Grundherrschaften entfällt, so betragen diese Unterthänigkeitslasten ungefähr 46,000,000 jährlich, also den zehnten Theil gerade des reinen Dominikalgrundertrages, und die Gläubiger könnten im schlimmsten Falle nur den eilften Theil ihrer Garantien verlieren.

Die weitem Zifferangaben des Justizministers tragen nur dazu bei, ihn noch gründlicher zu widerlegen. Er gibt an 100,000,000 als Spar-

kassenvermögen, 200,000,000 als Wittwen-, Waisen- und Depositengelder, 52,000,000 als Militärdepotiten und 200,000,000 als den Werth von hypothekirten Realitäten. Der Gesamtbetrag dieser Summen ist also 552,000,000 also nur um 92,000,000 mehr, als der jährliche Ertrag des Dominikalgrundes. Wenn man nun auch zugibt, daß das ganze Sparkassenvermögen als Schulden auf dem Dominikalgrunde haften, so wie dieses mit den Wittwen-, Waisen- und Depositengeldern der Fall ist, welche, wenn auch nicht überall hypothekirt, doch überall durch die Grundherrschaft garantirt sind, und wenn man ferner zugibt, daß all die 200,000,000, welche auf Realitäten überhaupt hypothekirt sind, ausschließlich auf Dominikalgrund hypothekirt sind, so würde noch immer die ganze Schuldensumme von 552,000,000 nicht die geringste Gefahr laufen, weil sie durch Realitäten, nemlich durch den ganzen Dominikalgrund gedeckt ist, welche jährlich 460,000,000 Reinertrag abwerfen, was zu 5% gerechnet, gleich ist einem Kapital von 9,200,000,000, als dem innern Werthe sämtlicher Dominikalgründe, so daß sich die gesammte hypothekirte Schuld zur Hypothek selbst verhält, wie 552 zu 9,200. Ist nun die Schuld nicht gehörig garantirt, und muß man noch dem Bauer einige Blutstropfen auspressen, um die Garantie zu vergrößern? Und müssen die Grundherrschaften entschädigt werden „zur Ehre der Nation“?

Bei dieser Widerlegung wird aber noch übergangen, daß die 100,000,000 Sparkassenvermögen vertheilt sind, sowohl auf Dominikalgrund als auch auf Rustikalgrund, so wie auf andere Realitäten, als zum Beispiel, Häuser und Staatspapiere sind, so wie auch auf angekaufte Staatspapiere und auf irgend einen Baarfond, welcher doch der Sparkasse als Reserv dienen muß. Eben so verhält es sich mit den 200,000,000, welche auf Realitäten hypothekirt sind, die wieder nicht ausschließlich in Dominikalgrund bestehen. Rechnet man alles dieses zusammen, so bekommt man einen Gesamtrrhythumbetrag des Herrn Justizministers, der aus Kolossale reicht, und dem Herrn Justizminister das vollgiltigste Zeugniß gibt, daß er nicht rechnen kann. Oder sollte etwa der Justizminister gewußt haben, wie weit es mit seiner Rechnung her ist, und sollte er sie nur dazu benützt haben, um der Reichsversammlung Sand in die Augen zu streuen? Sollte diese ganze Rechnung nur ein Vorderstag sein zu dem Nachsatz: Mit der Entschädigungsfrage wird das Ministerium stehen und fallen? — Was wird aber die Reichsversammlung thun? Vor ungefähr vierzehn Tagen entspann sich in der Reichsversammlung eine kleine Debatte über einen Punkt in der Geschäftsordnung, wo es sich um die Zeit handelt, welche zwischen der ersten und der zweiten Lösung eines jeden Gesetzentwurfes überstreichen soll. In dieser Debatte hat die Versammlung Gelegenheit gehabt auszusprechen und sie hat es ausgesprochen, daß sie sich nicht als unumschränkt bevollmächtigt vom Volke ansieht, sondern sich verpflichtet glaubt, bei jeder Gelegenheit noch immer die Stimme des Volkes zu hören und in ihren Beschlüssen zu berücksichtigen. Wir fragen daher die hohe Reichsversammlung, ob sie in der Entschädigungsfrage die Stimme der Presse und wenn ihr das nicht genügt, die Stimmung des größten Theiles des Volkes sowohl in den Städten als auf dem Lande gehört hat und berücksichtigen wird? Die hohe Reichsversammlung hat selber erklärt, daß nicht sie, sondern das Volk eigentlich den souveränen Willen hat, dessen Organ sie bloß ist. Der Volkswille aber besteht darauf, daß keine Entschädigung geleistet werde, und die Reichsversammlung mag wohl überlegen, was für sie eine größere Bedeutung hat, ob eine Volksfrage oder eine Cabinettsfrage, die Kammer mag wohl erwägen, daß es noch ein anderes Ministerium gibt, aber kein anderes Volk für sie. Die Kammer hat wohl

die Alternative: mit dem Ministerium oder gegen das Ministerium; die Kammer hat aber nicht auch die zweite Alternative: mit dem Volke oder gegen das Volk. Möge daher die Reichsversammlung ihrem angenommenen Grundsatz von der Souveränität des Volkes treu bleiben; möge sie die Stimme des Volkes nicht überhören, welches sie hieher geschickt, möge sie ihre eigene Entstehung nicht verläugnen, und gleich in der ersten wichtigen Frage mit dem Volke gehen, und die Entschädigung, selbst wenn das Ministerium daran hängt, fallen lassen. **Oder fürchtet etwa die Reichsversammlung ein Ministerium Stadion?** Wie kann eine souveräne Reichsversammlung irgend ein Ministerium fürchten, oder kann irgend jemand an ein Ministerium Stadion denken, für den Fall, daß selbst ein Ministerium Döbblhoff sich nicht halten kann? Wenn das Ministerium Döbblhoff fällt, so fällt es eben durch die Reichsversammlung, und fällt, weil es nicht so liberal ist, als die Reichsversammlung, und es ist nicht abzusehen, durch welche Logik die Furcht vor dem Ministerium Stadion begründet werden könnte.

Josef Hrczka.

Adel und Unterthan.

(Schluß.)

Darum hinweg mit jenen Benennungen „Eigenthum“ erworbenes Recht, denn diese heiligen Namen passen durchaus nicht auf jene Annahmen, über deren Ursprung die Geschichte schon längst den Schleier gelüftet hat! Wenn wir gleich zugeben, daß dieser wechselseitig verbindliche Schutzvertrag während der Zeit des romantischen Faustrechtes einen Schein der Gültigkeit haben mochte, weil ihm doch wenigstens ein Scheinwille zu Grunde lag, wenn wir ferner auch gänzlich von dem Umstande hinwegsehen, daß bei Weitem die größere Mehrzahl der freien Gutsbesitzer erst späterhin, nachdem schon das Volk ganz recht und wehrlos geworden war besonders aber nach dem unglücklichen Bauernkriege ihrer Freiheit beraubt, und unter das Schutzverhältniß gebracht wurde, so wird doch selbst der eschränkteste Verstand einsehen müssen, daß mit dem Zeitpunkte, als die Landesfürsten wieder zur Macht gelangten, und die Staatsgewalt den Schutz des Unterthans übernahm, — als ferner die Herrschaft die Militär- und Steuerpflicht, welche sie statt seiner vermöge des Schutzvertrages gegenüber dem Landesfürsten zu tragen hatte, dem Unterthane aufbürdeten — kurz, nachdem die eigentliche causa debendi, wie die Juristen sagen, nemlich die Gegenleistung, hinweg gefallen war, auch die Schutzlasten von Rechts wegen hätten aufhören sollen. In Oesterreich insbesondere läßt sich genau der Zeitpunkt nachweisen, an welchem die öffentlichen Steuern wieder an die Stelle des Feudalsystems traten; dieser ist das Jahr 1526, wo man den ersten Kataster errichtete und dem Bauer mit der landesfürstlichen Landsteuer und dem Rüstgelde belegte. Seit dem Rectificationsjahre 1750 aber wurde er nicht bloß förmlich zur Landesbesteuerung gezogen, sondern er mußte sogar, wie allgemein bekannt ist, die Landesverteidigung übernehmen und seine kräftigsten Söhne auf die Schlachtfelder liefern. Seit dieser Zeit sind Robot und Dienst wahre Nichtschuldigkeiten geworden, weil ihr ursprünglicher Rechtstitel und die Gegenleistung gänzlich hinweg gefallen sind. Worüber beklagt sich denn also der Adel, wenn wir die Abschaffung der Feudal-lasten verlangen? Wer sagt ihm den, daß man ihm etwas nehmen wolle? Wir bestreiten ja nur die unterthänige Leistung so lange die adeliche Gegenleistung fehlt. Wir gönnen ihm ja gerne Robot, Dienst, Zehent und Freigeld, nur möge er, wie einst zur blühendsten Zeit des

Faustrechtes die gesammte Landesverteidigung und die landesfürstlichen Steuern übernehmen. Aber seht da — dieß will er nicht, und dies beweiset eben, daß er schlechter ist als die alten Raubritter, welche nicht etwa müßige Rentenverzehrer waren, sondern für die Lasten, die sie dem gepreßten Unterthan auferlegten, schwere Gegenverbindlichkeiten zu erfüllen hatten. Aber gegen den Eigennuß unserer Aristokraten kann man mit keiner Logik aufkommen. — So hörte ich schon manchen behaupten, daß sich zwar das Recht des Unterthans auf den alten Feudalschutz und die Steuerfreiheit schon verjährt habe, hingegen seine Verbindlichkeit zur Entrichtung der alten Feudalgeldigkeiten aufrecht verblieben sei. Gegen diese und ähnliche Argumente unserer Privilegienritter und Kämpfer für das uralte und heilige Recht muß man mit folgenden Gegenraffonnement zu Felde ziehen. Im 16. Jahrhunderte ergriff der gesammte Bauernstand Deutschlands die Waffen gegen euch Aristokraten! um den deutschen Boden von den Feudallasten zu befreien. Allein ihr ginget siegreich aus dem Kampfe hervor, und ließt Tausende von Bauern hängen, speißen, räubern, pfählen und viertheilen. — Im Jahre des Heils 1848 aber begann der Kampf auf's Neue, und diesmal blieb der Bauer Sieger, er könnte euch also gleichfalls hängen, speißen, räubern, pfählen und viertheilen lassen — allein er thut es nicht, sondern stimmt dankbar ein Ledeam an, daß es endlich der Kraft des gesammten Volkes gelungen sei, eure Gewalt zu brechen und die feindliche Macht zu besiegen, welche ihm die Freiheit raubte. Der Bauernstand ist jetzt wieder frei und zwar mit demselben Rechte, das der Slave hat, dem es gelungen ist, seine Ketten zu brechen und seinen Treiber zu bändigen. Wozu also bedarf es noch einer Ablösung der Feudallasten, nachdem schon die siegreiche Revolution den Feudaldruck hinweggenommen hat? Wer wird wohl mit der Gewalt, wenn sie einmal besiegt ist, noch unterhandeln wollen? Vor der Revolution, und zwar noch im Jahre 1846 und 1847 verschmähte der Adel und die Geistlichkeit jeden Ablösungspreis und erklärten geradezu, daß der Bauer noch fernerhin für sie roboten und dienen müsse, — der Vergleich zwischen dem Unterdrücker und Unterdrückten hat sich zerschlagen — der Kampf mußte entscheiden, und sieh da — der Bauer hat gesiegt, er ist also frei und zwar aus dem einfachen Grunde — weil die Gewalt aufgehört hat, die sein heiliges Recht auf Freiheit seit Jahrhunderten mit Füßen trat. Jetzt verlacht er das Zettergeschrei mancher Aristokraten, die sich die Haare ausraufen möchten, daß sie noch vor wenigen Jahren eine Herrschaft um schweres Geld gekauft oder eingetauscht haben — er hat Recht zu lachen — denn ein Käufer oder Erbe einer Herrschaft hat doch nicht mehr Recht, als der Verkäufer oder Erblasser gehabt hat, dieser aber wieder nicht mehr als sein weiterer Vorgänger, somit bleibt das Unrecht des letzten Besitzers gerade so groß, als jenes des ersten Unterdrückers, und es ist im Rechte gar kein Grund abzusehen, warum ein Käufer von Feudalbezügen eine Entschädigung solle ansprechen dürfen, die auch seinem Vorgänger nicht gebührt hätte. Für das Aufgeben eines Unrechtes gibt es kein Recht auf Entschädigung, und am allerwenigsten ist der Bauer schuldig, eine solche zu leisten, weil er durch die Revolution ohnedies nicht mehr und nicht weniger bekommen hat, als sein gutes Recht, das ihm seit Jahrhunderten durch den verbrecherischen Adel vorenthalten wurde.

Möge also der Reichstag recht bald aussprechen, was ohnedies schon zur siegreichen Thatfache geworden ist, nemlich „der Bauernstand sei wieder frei von den Feudallasten, und er habe sich diese Freiheit von Niemanden erst zu kaufen, weil sie ihm von Rechts wegen gebührt.“ Mit diesem feierlichen Ausspruche wird die hohe Aufgabe unserer heutigen Revolution schon zur

Hälfte gelöst, und das Unrecht vergangener Jahrhunderte an dem Wichtigsten der Stände endlich gesühnt sein. Millionen Hände werden sich alsdann erheben, um den Segen des Himmels für den Reichstag zu erheben, welcher sich den Namen „des Gerechten“ für ewige Zeiten im Gedächtnisse der dankbaren Völker erworben hat.

Dr. P.

Linz Zustände.

Linz am 25. Aug. 1848. Gern möchte ich Ihnen einmal etwas Erfreuliches aus Oberösterreich und seiner Hauptstadt berichten, allein wo ich nur hinsehe, starret mir die Reaktion in ihrer vielföpfigen Gestalt entgegen. Nicht etwa im Geheimen und bei nächtlichem Dunkel — nein, ganz offen und am hell lichten Tage betreibt man hier die Gegenrevolution. Mehr als drei Monate sind verflossen, seit in Wien das Princip der Volkssouveränität zur Anerkennung gekommen ist, und doch treiben bis zur Stunde noch unsere privilegierten Stände die Prälaten, Herren und Ritter ihr Unwesen in öffentlichen Sitzungen, debattiren — den Präsidenten Skrbensky an der Spitze — über die künftige Verfassung des Landes, (!) über die Heiligkeit ihrer Feudalrechte, — über den Preis, um welchen sie den Bauer aus der Feudalsclaverei entlassen wollen, treiben unbekümmert um den ernststen Mahnruf der heutigen Zeit, durch gedruckte Verordnungen ihrer Zehente, Dienste und Robothgelder ein, — erlassen Dankadressen an Radetzky, stimmen Siegeshymnen an auf die Hinschlachtung einer edlen Nation — und ihre Augen, die noch niemals eine Dankesthräne für die Märtyrerpfer beseuchtet hat, welche Deutschland und vielleicht ganz Europa vor ewiger Knechtschaft und asiatischem Geistesstod bewahrten, gehen jetzt auf einmal vor Nüßrung über, die ihr schwarzes Herz bei dem trostreichen Gedanken erweicht, daß der siegreiche Feldherr nun bald das rebellische Wien bezwingen, und die gute alte Zeit zurückführen werde.

Mit der Abels- und Pfaffenaristokratie verbindet sich gleichsam instinktmäßig das Spießbürgerthum, und der Landtag bietet eben die beste Gelegenheit dar, um das reaktionäre Bündniß zum Abschlusse zu bringen, und ihm noch den Schein der Gefüglichkeit zu geben. Unfreiheit des Glaubens, Unfreiheit des Bodens, Unfreiheit der Gewerbe geben eine saubere Trippelallianz! Dazu kommt noch die Bureaukratie als die Vierte im Bunde, — denn ihr Lebensprincip ist ja kein anderes als Volksbevormundung — und nun zweifle noch Jemand, daß die Contrerevolution in Oberösterreich vollständig organisiert sei?

Dieser Schilderung unserer Zustände fehlt aber noch die Bemerkung, daß Linz — der Sitz der Behörden und des Landtages — mit 30 oder noch mehr Befestigungsthürmen umgeben ist, und jeden Augenblick zusammengeschossen werden kann — ferner, daß an der Spitze der Nationalgarde der Abel und der Geldsack stehen, wodurch die Kraft der Garde gelähmt, und ihr Geist niedergehalten wird, nämlich, daß unser Präsident Skrbensky, ein alter Diener und Schüßling Metternichs, gleichsam wie zum Hohne auf die Demokratie noch immer nicht entfernt worden ist — und sie werden nun begreifen, warum aus Linz ein wahrer Käfig für Volksfreunde, und ein sicherer Zufluchtsort für verjagte Wiener Reactionäre geworden sei.

Dieser Zustand der Provinzen, der, nebenher gesagt, überall derselbe ist, wurde hauptsächlich durch das frühere Ministerium Pillersdorf herbeigeführt, denn der geheime Gedanke dieses Ministers konnte erklärbarer Weise kein anderer sein, als das Alte inzwischen aufrecht zu erhalten, und der Reaction Zeit zu lassen, sich zu sammeln, damit, wenn heute oder morgen ein Anschlag auf Wien gelingt, der Despotismus und die Aristokratie sich wieder in ihrem warmen Neste befänden. Ein Minister im wahren

Geiste des 15. und 16. Mai hätte längst alle Gouverneure, Kreishauptleute und Bureauchefs davongejagt, und die öffentliche Gewalt in die Hände bewährter Volksmänner gelegt, er hätte ferner dem Unwesen der privilegierten Stände, ihren reaktionären Intrigen und Debatten, durch sogleiche Auflösung dieser feudalen Körperschaft Einhalt gethan, und auf diese Weise den Ideen und Errungenschaften der Revolution auch die Bahn in die Provinzen geöffnet. Das Ministerium Doblhoff wird, wenn es die Fehler seines Vorgängers wieder gut machen will, noch gar Vieles nachzutragen haben, und es thut wahrhaftig Noth, daß endlich einmal etwas geschehe, wenn nicht die Residenz, gleich einem Lokomotiv, das sich vom Wagenzuge losgerissen hat, allen Zusammenhang mit den Provinzen verlieren soll, — was Gott verhüten wolle!

(Aufforderung an die Frau Präsidentin Skrbensky und die Frau Kreishauptmännin Kamilla Kreil in Linz.) Sie haben beim Einzuge unseres gütigen Kaisers in Linz (11. Aug.) den weißgekleideten Mädchen, die zu seinem Empfange im Landhause aufgestellt waren, die deutschen Bänder heruntergerissen, und sie durch andere ersetzt. Möchten Sie wohl die Güte haben, auch in diesem Blatte, die „Constitution“, Ihre Handlungsweise vor dem Publikum zu rechtfertigen, denn aus purem Geschmack kann dieses doch wohl nicht geschehen sein?

M. Trief, 23. August. Die Nachricht von einem Tumulte in unserer Stadt ist gewiß um so auffällender und bedarf um so mehr einer Erklärung, als unsere Bevölkerung in der jetzigen bewegten Zeit sich bisher immer passiv verhalten hat, und den Schritten der leitenden conservativen Partei niemals Widerstand zu leisten wagte. Aber eben diese Geduld, diese Ruhe war für die zopfige Bureaukratie und für die Geldaristokratie, welche bei uns die Oberhand haben, nur eine Aufmunterung, um ihre Pläne offen durchzuführen. Nachdem es ihr gelungen war, mit Benützung der Anwesenheit einer feindlichen Flotte die Stadt in einen — wirklich unverdienten — Belagerungszustand zu versetzen und dem militärischen Despotismus zu unterordnen; nachdem sie durch eine große Anzahl des niedrigsten Gefindels, welches sich bei der geringen Bildung sehr leicht zu ihren Zwecken verwenden läßt, die niederträchtigsten Schimpf- und Fluchworte gegen unsere italienischen Brüder — in italienischer Sprache!!! — hatte austossen lassen, nachdem sie durch ihre Prätorianer die Worte, die Schritte, ja fast die Gedanken der leider zu geringen liberalen Partei überwachen ließ; nachdem sie die Macht der Polizei zu einem selbst in Metternichs Zeiten unerhörten Grade erhoben; nachdem sie uns also dermaßen herabgewürdigt hatte, daß wir so wohl von den Italienern gehaßt als von den Deutschen verachtet werden, so war es ganz natürlich, daß bei den die Nationalgarde betreffenden Verordnungen das nämliche Ziel verfolgt wurde.

Herr Militiades von Manziarly, welcher zum Obercommandanten der Nationalgarde weder erwählt noch ernannt wurde, sondern höchstens nach dem Willen einiger weniger Officiere sich zu diesem Posten drang, ist mit dem ganzen Verwaltungsrathe, dessen Präsident er ist, die Berkörperung der nun geschilderten Partei. Diese Herren hatten schon früher den Gouverneur des Küstenlandes zum Hauptmann einer Compagnie wählen lassen — risum tenealis? — diese hatten es trotz einem Beschlusse der Organisations-Commission durchzuführen gewußt, daß man, das Militär nachahmend, sich der deutschen statt der italienischen Commando-Worte bediene, so daß die sogenannte Nationalgarde das erste Element ihrer Nationalität, die Sprache nämlich, verläugnen mußte; diese hatten den Gebrauch eingeführt, die Officiere in Rede und

Schrift mit *Herz* zu besetzen und die *Mannschaft* einfach mit ihren Namen zu bezeichnen, und noch mehreres dergleichen thaten sie, was ich aber, um dieses Schreiben nicht zu sehr zu verlängern, hier unerwähnt lasse.

Um sich also immer consequent zu zeigen, wurde vor kurzem d'e Maßregel getroffen, daß die Officiere bleibende Abzeichen ihrer Chargen, also auch außer dem Dienste, tragen sollten. Vergebens wurde dagegen protestirt, vergebens sprach und schrieb man vieles, um die Unzulässigkeit dieser Anordnung zu beweisen; vergebens widersetzten sich selbst mehrere der gutgesinnten Officiere; die Herren Commandanten geruheten nur öffentlich zu erklären, daß es bei ihren Beschlüssen verbleiben solle. Man hatte schon früher versucht, diesen Commandanten, dessen Verfahren die Würde und die Bedeutung des Institutes nur zu schwächen geeignet ist, zur Abtänkung zu bewegen; aber auch dieser Versuch war fruchtlos. Endlich verabredeten sich mehrere der unzufriedenen Gardisten, denen die Geduld ausgegangen war, den 20. Abends, ihm eine Kagenmusik zu bringen. Eine Kagenmusik in Triest! das war etwas Wunderbares, etwas Unerhörtes; man hat wohl anderswo dergleichen Demonstrationen den Königen und Fürsten, Ministern und Generalen gemacht; aber gegen den Triester Commandanten so etwas zu wagen, das grenzte an Hochverrath! Als er nun davon Kunde erhielt, erbat er sich im Voraus die Hilfe der militärischen Behörden, mit welchen er im besten Einverständnis lebt, und ließ Abends in seinem Hause einen Haufen seiner Getreuen — darunter auch einige Officiere — verbergen, welche gehörig bewaffnet auf die Kagenmusikanten warteten.

Als sich nun eine nicht bedeutende Anzahl unbewaffneter Gardisten und anderes Volk mit dem Geschrei: *abasso Manziarly* versammelten, sprangen die Bewaffneten aus ihren Hinterhalt hervor, schlugen unbarmherzig auf die wehrlosen mit Stöcken und Säbeln, und als das eritterte Volk Widerstand leistete, rückte gleich eine dazu beordnete Gardencompagnie herbei, welcher auch das Militär auf dem Fuße folgte. Es wurde leider ein junger Mann tödtlich verwundet, mehrere Andere minder gefährlich; die Stöße und Rippenschläge abgerechnet. Es fehlte auch nicht an unmenschlicher Verfolgung, so daß Mehrere um sich zu retten in das Meer springen mußten. Die Anführer dieser Helden waren ein gewisser Capitän A. . . . i und ein junger Jurist, B. . . o, welche selbst nach Herzenslust dorein hauten, und deren Namen man zur ewigen Brandmarke veröffentlichte. Man trachtete gleich der Sache eine politische Färbung zu geben; das Militär besetzte die Alarmplätze, die Wachen wurden verstärkt, die Straßen abgesperrt; mehrere Individuen wurden verhaftet, welche wegen des noch bestehenden Belagerungszustandes in's Castell geführt wurden, um sie von der Militärbehörde richten zu lassen.

Der Gouverneur Altgraf zu Salm, obwohl er seit zwei Monaten seine Gewalten dem Militärcommandanten Grafen Giulay abgetreten und noch nicht wieder übernommen hat, erließ am folgenden Tage eine Proclamation, welche wirklich desjenigen Mannes würdig ist, der vor kurzem im Angesichte des Volkes dem Windischgrätz ein freudiges Lebehoch brachte. Es wird darin die Wiener Revolution förmlich desavouirt, die unberufenen Helden werden belobt, und Bewahrer der Ordnung (*mantenitori dell' ordine*) genannt; das Volk (?) wird aufgefordert, den isolirten Leidenschaften (?) mit ernstester Theilnahme entgegenzutreten, und sie auch in ihren Zusammenkünften auszuspähen, oder mit anderen Worten, das heilige Haus- und Associationsrecht zu verletzen. Und solche Männer sollen noch länger an der Spitze der Provinzial-Verwaltungen stehen? Soll nicht auch einen Salm das Loos seiner würdigen Gesellen Brandis und Thun treffen?

Möge das verantwortliche Ministerium, möge die freisinnige Reichsversammlung sich unserer bedrängten Lage annehmen und schnelle Hilfe bringen; mögen vorzüglich die Deputirten Triest's ihre heilige, unabweisliche Pflicht gegen das Vaterland erfüllen, und dem Uebel durch geeignete Mittel steuern; denn die Reaction schreitet bei uns unversehrt und muthig vorwärts, und braucht nicht mehr zu heimlichen Intriguen, zu jesuitischen Ränken ihre Zuflucht zu nehmen, sondern bahnt sich schon durch Mord und offene Gewaltthätigkeit ihren Weg.

† Leipzig, den 23. August. Sie wollen politische Correspondenzen aus Sachsen haben, und bedenken wohl kaum, wie schwer es ist, Ihrem Verlangen Genüge zu leisten. Sachsen und Politik! Kommt mir doch diese Verbindung fast sonderbarer vor, als z. B. eine Heirath des Wassers mit dem Feuer — ich will lieber daran glauben, als an eine sächsische Politik. In allem Ernst! ich behaupte, das politische Bewußtsein der Sachsen besteht lediglich in einer unerträglichen Gutmüthigkeit, die es bisher nur zu der Extravaganz langer, ziemlich inhaltsloser Reden auf den bisherigen Landtagen und zu sehr vielen „Oppositionsessen“, „Versammlungen der äußersten Linken“ u. gebracht hat. Die Sturmglöckchen des Februar, welche — beinahe einen Völkerfrühling verkündigt hätten, sind in Sachsen wenig laut geworden, sie haben wenigstens kaum andere Erfolge als die früheren Kammerreden gehabt, und es ist das Verdienst wohl nur weniger Einzelner, daß wenigstens der Kopf des alten Systems, das Ministerium Falkenstein — wenn ich hier von „Kopf“ rede, beachtliche ich durchaus keine Allegorie — stückweise g fallen ist.

Sachsens Formen sind so klein, so unbedeutend, daß nach dem Fall des Ministeriums wenig Material zu einem neuen vorhanden war. Indes kam es doch zu Stande, consumirte aber alles vorhandene Material, so daß das jetzige sächsische Ministerium sich schon darum hält, weil nach seinem Falle das ganze Land in große Verlegenheit um ein neues versetzt sein würde. Nicht anders ging es mit der Opposition. Sachsen hatte eine Anzahl Deputirte zur Nationalversammlung zu schicken, zur deutschen nämlich, und dadurch wurde wieder sämmtliche Opposition consumirt, so daß man in der „sächsischen Nationalversammlung“, die jetzt auch versammelt ist, den Webermeister Newiger als das bedeutendste eben vorrätige Stückchen Opposition zum Präsidenten der zweiten Kammer machen mußte, daß sich in Leipzig ein Individuum an die Spitze der Opposition drängen konnte, dessen Absichten und Ideen, wenn er ja einmal deren hat, nicht minder unordentlich und confus sind, als die struppigen Haare seines Kopfes. Von diesem Herren schreibe ich Ihnen in meinem nächsten Briefe, lassen Sie mich heute noch einen Seitensprung zu der Summe, dem Inhalte der sächsischen Opposition machen, wie sie in Frankfurt sitzt.

Der Hauptheld derselben ist der gefeierte Robert Blum. Blum ist das lebhafteste Contersey der sächsischen Politik; er sagt stets, daß er zur Opposition im äußersten Sinne des Wortes gehört, und wird grob, wenn man es glaubt und weiter sagt. Blum kam im Jahre 1832 oder 1833 als Theaterdiener mit dem Theaterdirektor Ringelhandt nach Leipzig, nachdem er, bereits in Köln aus Mangel an Arbeit gleiche Dienste am dortigen Theater versehen hatte. Er verhielt sich hier sehr ruhig, erst im Jahre 1837 wurde er genannt als Sprecher einer Deputation, die zwei Abgeordneten der zweiten Kammer einen Becher überreichte. Der Deutschkatholicismus erst war es, der seinen Namen in Leipzig öfter nennen ließ. Er hielt in den Versammlungen der hiesigen Deutschkatholiken Reden, schrieb einige Artikel in die „Sächsischen Vaterlandsblätter“, hatte einige kleine Verfolgungen, sogar 24 oder 48 Stunden Gefängniß zu erleiden,

und war in kürzester Zeit der Abgott von ganz Leipzig. Die fatale Augustgeschichte des Jahres 1845 kam dazu. Blum besitz bedeutende Nebenergabe, das muß ihm sein entschiedenster Gegner lassen, und in den Tagen nach den 12. August bewährte er diese auf das Glänzendste. Als Erfolg seiner Bemühungen votirte man ihm eine Dankadresse, er wurde Stadtverordneter und sollte auch unbesoldeter Stadtrath werden, was indeß die Regierung durch eine allergnädigste Nichtbestätigung verhinderte.

Die französische Revolution kam heran, und auch in Sachsen fing man an sich zu regen. Der „geliebte“, der „gute“ König von Sachsen wollte von den Wünschen seines Volkes um Entlassung des Ministeriums Falkenstein, Pressfreiheit, Geschworenengerichte etc. blutwenig wissen, war ziemlich unhöflich gegen die verschiedenen an ihn gesandten Deputationen des Landes, und gab erst nach geraumer Zeit jenen Wünschen wenigstens theilweise nach. Das Ministerium Falkenstein fiel — und Robert Blum wurde nicht Minister Als Ersatz dafür, sowie als Belohnung für seine bisherigen Verdienste wählte man ihn dann zum Deputirten der Stadt Leipzig nach Frankfurt, und da hat er sich denn seit beinahe drei Monaten versammelt und gilt als der Chef der Linken. Seine Politik werde ich in meinem nächsten Berichte würdigen.

Vereinigte Staaten Deutschlands. Frankfurt. In der 64. Sitzung der Nationalversammlung brachte Eisenmann aus Nürnberg eine Beschwärde darüber vor, „daß man in Oesterreich die Kruppen die deutschen Farben nicht tragen läßt, weil das dortige Ministerium dieses nicht für geeignet findet, um die Slaven nicht zur Aufregung zu reizen. Hierin ist eine Schmach für Deutschland zu erblicken und nicht notwendig, die geeigneten Erklärungen einzuholen, um das Reichsministerium zu unterstützen und zu zeigen, daß die ganze Nation hinter denselben steht.“

Reichsminister Schmerling gibt eine Erklärung dahin, daß er in der Beschwärde des Redners eine eigentliche Interpellation nicht findet, sollte dieselbe aber dahin zu deuten sein, ob das Ministerium in Wien gesonnen sei, eine allgemeine deutsche Politik zu verfolgen, so kann er dieses nur mit Ja beantworten.

Sr. Excellenz der Herr Reichsminister muß natürlich immer und in jedem Falle mehr wissen als ein armer Teufel von Publizisten; es wird aber diesem immerhin unabwehrbar bleiben, seine unmaßgebliche Meinung bescheidenlichst dahin zu äußern, daß ihm noch versucht wenig von dieser deutschen Politik des österreichischen Ministeriums zu Gesichte gekommen.

— Wir haben gleich Anfangs gesagt, daß es nicht allein dumm von Brentano wäre, wenn er sich mit Winkeln schläge, sondern daß er dadurch auch seine Pflicht gegen das Volk verletzen würde. Brentano war nun auch derselben Meinung — und er hat noch dazu einen guten Witz gemacht; er hat nämlich den Winkeln fragen lassen womit er ihn den eigentlich beleidigt habe; und als dieser antwortete: mich hat er nicht beleidigt, aber den Prinzen von Preußen; so erwiderte Brentano: wenn Winkeln sich für den Prinzen schlagen will, so will ich ihm meinen Bedienten schicken, der wird sich für mich schlagen.

Wie gesagt, wir lassen das als Witz gelten; wäre es aber ernstlich gemeint, so müßten wir es Herrn Brentano im Namen der Humanität höflich verweisen. Ein Bedienter kann Begleiter durch Schicksal sein; er ist dann doch noch immer eine achtungswerthe Persönlichkeit, so viel werth als irgend Einer der Vierunddreißig. Ein Bedienter kann aber auch Bedienter aus Beruf, Bedienter aus Lust, ein Bedienter mit einer Bedientenseele, ein geborner Bedienter sein — obwohl er äußerlich keine Livree trägt. Wäre nun der Bediente Brentanos ein solcher Bediente aus Schicksal, könnte es dann Brentano über sich bringen, dessen Leben einzusetzen gegen das Leben eines Menschen, der sich aus bloßem Bedientenberuf, aus haarem Bedientenfehltrieb, aus wahrer Bedientenlust mit ihm schlagen will? Wir glauben kaum!

München. Die Münchner sind praktische Leute — sie krawallen nur ungerne wegen so lustiger Dinge, als da sind, deutsche Freiheit und

deutsche Einheit sondern lieber wegen sehr handgreiflicher Dinge wie z. B. Lola Montez, Bier und Geld.

Es war nemlich das Gerücht verbreitet, himmelhohe Hände — (es komme irgend ein Mandarin mit einem halben oder ganzen Pfauenschwanz und weise mit vom grammatischen oder zoologischen Standpunkt nach, daß „himmelhoch“ ein schlechterer Superlativ sei als „allerhöchst“) — also himmelhohe Hände — (auch den überaus elken Curialseelen muß die neue Superlativbildung ganz nach Geschmack sein, und zwar erstlich wegen des gottseligen Anfluges der daran ersichtlich, und zweitens weil das Bestimmungswort darin sehr angenehm und zart an China mit dem pekinger „Himmlichen“ erinnert) — also: himmelhohe Hände hätten den Staatschatz aus der Schatzkammer genommen (es möge ein Dibelexegel auftreten und erklären, daß dem 7. Gebot eine andere Handlung zu Grunde liege, als die des Nehmens) — eingepackt oder gar schon weggeschickt. Hierauf begab sich folgendes, auf welches das für manche Nerven so entsetzliche Wort Krawall mit Zug und Recht angewendet werden darf:

Am 23. Morgens war an allen Straßenecken folgender Maueranschlag zu lesen:

„Im Namen des bairischen Volkes fordern mehrere Bürger Münchens sämmtliche hier anwesende Staatsbürger auf, heute sich im Rathhause zu versammeln, um sich zu beraten und dann zu überzeugen, ob sich der ganze Staatschatz noch hier in der Residenz (Schatzkammer) befindet und laut Inventur nichts abgeht, da derselbe eingepackt oder schon weggebracht sein soll.“ Dieser Anschlag wurde sofort wieder allgerissen, wie man allgemein sagt, von der Gensdarmarie; an einigen Straßenecken war aber das Publikum bei dem Lesen und Abschreiben so zahlreich versammelt, daß das Abreißen nicht stattfinden konnte. Gegen Mittag erschien ein antwortendes Plakat des Magistrats, welches versicherte, daß das Gerücht unwahr sei, der „Schatz“ (nicht Lola sondern der klingende) sei noch vorhanden.

Diese Bekanntmachung genügte dem Volke nicht; dasselbe versammelte sich in großer Masse am Rathhause. Da die Thür nicht geöffnet wurde, so sprengte man dieselbe, und in wenigen Augenblicken war der Rathhausaal angefüllt von Menschen. Der Bürgermeister erschien, und wiederholte die bestimmte Erklärung, daß der Schatz wohl eingepackt, aber alle weiteren Gerüchte grundlos seien. Doch das Publikum wollte sich selbst davon überzeugen, ob der Schatz vollständig vorhanden sei. Nach langem stürmischen Hin- und Herdebattiren wurde endlich aus der Versammlung eine Deputation erwählt, die sich zu den Ministern und in das Schloß begeben sollte, um sich persönlich vom Vorhandensein des Schatzes zu überzeugen.

Die Deputation, an deren Spitze der Bürgermeister selbst, wurde von den Ministern zurückgewiesen. Dies geschah am Regierungsgebäude, wo bereits viel Militär aufgestellt war. Viele Leute umringten die Deputation; das Militär rückte heran und trieb die Menge sammt den Deputirten auseinander.

Die Menge am Rathhause wurde immer größer; die gesammte Garnison Münchens rückte aus. Die Aufregung nahm einen immer bedrohlicheren Charakter an. Abends gegen 8 Uhr begab sich wiederholt eine Deputation zu dem Minister des Innern und erlangte von diesem endlich die Erklärung, daß bereits vor mehreren Tagen an den König der Antrag gestellt und hierüber gewöhnliche Entschliebung zu erwarten sei: es möge die Wiederaufstellung des Hauschatzes in der Schatzkammer und der Besuch derselben wie früher genehmigt werden.“ Diese Erklärung wurde der am Rathhause harrenden Menge um 10 Uhr verkündet. Dieselbe schien jedoch nicht zufriedengestellt.

Es wurde viel hin- und hergeschrien; eine Abtheilung Infanterie stürzte, ohne commandirt zu sein, mit den Gewehren auf die Volksmasse ein. Es fielen auch vier Schüsse aus den Reihen der Soldaten. Zehn bis zwölf Personen sind verwundet, darunter eine tödtlich. Gegen Mitternacht zerstreute sich die Menge. Am andern Morgen (22.) erschien eine Bekanntmachung des Ministers des Innern, Thon-Dittmer, die das wiederholte, was dieser am Abend vorher der Deputation geantwortet. Nichtsdestoweniger herrscht große Aufregung, hauptsächlich veranlaßt durch das Betragen des Militärs. Große Erbitterung herrscht auch gegen den Minister, der früher ein sehr freisinniger Deputirter war, aber seit er Minister geworden, ein Minister ist wie alle andern Minister.

Romanien. Bukarest, 16. Aug. „Die finstern Wolken“, sagt die Roma-

nia, welche während der letzten Tage den Horizont unserer jungen Freiheit umdüsterten, haben sich verzogen, das diplomatische Maskenspiel im kaiserlich-türkischen Lager zu Gurgovo, und die bangen Besorgnisse, welche es in uns heroobergerufen, haben sich aufgelöst, unsere Constitution ist definitiv vom Sultan anerkannt. Officielle Depeschen Suleiman Pascha's an alle hiesigen Consulate und an die fürstl. Statthalterschaft brachten eben diese erfreuliche Kunde. Morgen trifft Sr. Excellenz persönlich hier ein, um die neue Regierung zu beglückwünschen, und begibt sich dann nach Jassy; wir zweifeln nicht, daß seine Ankunft daselbst die von dem russischen Occupationscorps niedergehaltenen Hoffnungen unserer unglücklichen moldauischen Brüder wieder aufrichten wird, daß die Erlösung des seufzenden Schwesterlandes, seine Vereinigung mit uns nicht mehr ferne.

Die an den Ufern der Donau in Gallaz und Gurgovo liegenden türkischen Truppen hat Suleiman Pascha zur Verfügung der Regierung gestellt gegen jeden etwaigen Reactionsversuch der noch immer wählenden Aristokratenpartei.

— Aus Jassy berichtet dasselbe Blatt, „daß unter den daselbst campirenden Truppen eine solche Demoralisation, eine solche Unzufriedenheit herrscht, daß deren Vertreibung aus dem Lande der Moldauer, wenn sie einzig wären, eben keine schwierige Aufgabe wäre, so daß die Russen selbst den Moldauern Gewehre, Munition und Kanonen freiwillig überlassen würden. Die Leiden der Moldauer haben den höchsten Grad erreicht durch so langjährige Plünderung und Quälerei von Seiten ihres Fürsten gänzlich erschöpft, ist das Land nun gezwungen, der russischen Armee täglich 1000 Dukaten zu bezahlen — Heu und Frucht werden den Besitzern gewaltsam und ohne Zahlung genommen, und auf Befehl der Regierung ist es Niemanden gestattet, seine Produkte zu verkaufen. Die Bauern sind ohne Ausnahme zur Erhebung bereit, ihre Sklaverei können sie nicht mehr ertragen, besonders seit sie erführen, daß ihre romainischen Brüder frei geworden. Die Jugend aber und die Bojaren sind noch fern von der Erfüllung ihrer Pflichten; in unzählige Fraktionen getheilt, wünscht Jeder die Freiheit, aber gratis. Das Revolutions-Comitee in Czernowitz ist schwach und hat keine Geldmittel. Die Wohlhabenden sitzen in Wien oder auf ihren Gütern und opfern ihr Vermögen lieber der Raubsucht Sturza's und der Russen, und setzen selbst ihr Leben eher der gerechten Wuth der Bauern aus, als daß sie eines und das Andere für die Befreiung des Vaterlandes in die Schanzen schlugen. In dem Wunsche schneller Vereinigung dieser beiden bisher so unglücklichen Schwesterprovinzen vereinigen sich jedoch alle.“

R. P.

Herr Redacteur!

In dem Blatte Nr. 127 des Journals „Constitution“ wird der Reichstagsdeputirte Stadion mit einer „Verschwörung“ mit der „Grablegung der Freiheit“ mit der „Ausferstung der Knechtschaft“ mit der „Reaction“ mit der „Camarilla“ mit „abstichtlichen Entstellungen“ mit dem „Bürgerkriege“ mit dem „Falle des Vaterlandes“ in die nächste Verbindung gebracht, ja seine Tendenz sogar als identisch mit allen diesen Schlechtigkeiten hingestellt.

Ich habe auf viele Angriffe bisher geschwiegen, weil in unserer bewegten Zeit, bei freier Presse und der Entwicklung unserer Freiheit auf dergleichen, aus der Verschiedenheit der Parteistandpunkte entspringende Ausfälle, kein zu großes Gewicht zu legen ist, und ich das mit den ernstesten Interessen beschäftigte Publikum nicht mit bloßen Persönlichkeiten behelligen wollte, und weil diese Ausfälle mehr gegen den Traum eines Ministeriums Stadion, als gegen meine Person gerichtet schienen.

Ich konnte mit um so mehr Ruhe schweigen, als meine frühere Dienstleistung sowohl in Triest als in Lemberg von der öffentlichen Meinung, mit Ausnahme einiger weniger Beamten, deren zu bureaukratischen Richtung ich entschieden entgegen trat, sehr günstig beurtheilt wurde, und ich mir selbst mit bestem Gewissen das Zeugniß redlich erfüllter Pflicht geben konnte.

Obgleich ich mir in meiner späteren Dienstleistung von den Märztagen bis zum Tage meines Austrittes aus dem Staatsdienste keinen Vorwurf machen kann, so muß ich doch die Veranlassung der vielen Angriffe auf meine Person in meiner öffentlichen Wirksamkeit in jener Epoche suchen, weil eben in dieser die öffentlichen Blätter zu Lemberg und Wien, die vielfältigsten Schmähungen und Beschuldigungen gegen mich erhoben, und mir unterm 8. Mai l. J. vom Ministerium des Innern eine gedruckte, viele Punkte umfassende Beschwerdeschrift der sogenannten polnischen Deputation in Wien, über meine Amtsführung nach den Märztagen zugestellt wurde, welche ich sogleich; noch unterm 13. Mai l. J. mit jener Aeußerung beantwortete, die anfangs Juni l. J. in der Wiener Zeitung abgedruckt wurde.

Aus den Punkten der Petition, welche die oberwähnte polnische Deputation am 6. April l. J. dem Ministerium überreichte, ist klar zu entnehmen, daß es der polnischen Partei um nichts anderes zu thun war, als die Lösung Galiziens vom österreichischen Staatsverbande vorzubereiten, und vor der Hand dem Lande jene Stellung zu erringen, in welcher sich gegenwärtig Ungarn gegenüber der Gesamtmonarchie befindet*). Als Gouverneur des Landes, als Organ der österreichischen Regierung konnte ich unmöglich, ohne meiner Verpflichtung und meinem Eide ungetreu zu werden, einem Streben förderlich sein, das auf die Abtrennung einer großen Provinz vom Kaiserreiche, auf Schwächung der Monarchie abzielte, und einen Zustand herbeizuführen suchte, wie ihn gegenwärtig in Ungarn jeder Vaterlandsfreund beklagen muß. Ich konnte unmöglich die Hand dazu bieten, ein Factum herzustellen, das dem verfassunggebenden Reichstage, dem allein die Feststellung der Verhältnisse der Provinz zum Ge-

*) Auszug aus der Petition der galizischen Deputation an Sr. Majestät vom 6. April 1848.

— „Ermuthiget durch das a. Patent vom 15. März d. J., welches die Anerkennung und Achtung einer jeden Nationalität verbürgt, sprechen wir vor E. Maj. mit aller Offenherzigkeit und vollem Vertrauen, die durch das Urtheil der Geschichte und die Stimme von ganz Europa bestätigte Ueberzeugung aus, daß die poln. Nationalität durch die Theilung Polens eine tödliche Wunde erhalten, daß wir daher in der Erklärung E. M., unsere Nationalität anerkennen und achten zu wollen, E. M. Absicht erfassen, die Verträge bezüglich der Theilung Polens rückgängig zu machen. Um des Heils des a. h. Thrones E. M., um der Wohlfahrt der Völker willen, über welche das Scepter E. M. waltet, zögern E. M. nicht das Wort unserer Erlösung zu sprechen.“

„Damit unser Land nicht als Beute dem gemeinschaftlichen Feinde anheimfalle, bedürfen wir des Schutzes E. M. und wollen mit Oesterreich und dessen Völkern im Verbande bleiben. Dieser Verband kann aber nur auf Grundlage der Aufrichtigkeit, gemeinsamen und zeitgemäßen Freiheiten Bestand fassen, wie dieß schon thatsächlich mit Ungarn und dem Großherzogthume Posen der Fall ist.“

Wir bitten E. M. geruhe die Aufstellung eines aus Polen zusammengesetzten provisorischen National-Comitee zu gestatten, auf daß es sich rasch mit der innern Reorganisation des Landes auf rein nationaler Grundlage befasse, schleunigst die innere Einrichtung vornehme, welche den Anforderungen der Zeit und den bringenden Bedürfnissen der Nation entsprechen.“ u.

Im weitern Verlaufe dieser Petition werden diesem National-Comitee als Befugnisse vindicirt, die Macht, Beamte zu ernennen und abzusetzen, die Nationalgarde nach seinem Ermessen zu organisiren, eine Nationalversammlung auf Grundlage der vom Comitee festzusetzenden Grundsätze zu berufen, ein nationales Kriegsheer zu organisiren, so daß dieses Comitee seine Regierung an die Stelle der Regierung des Kaisers hinstellen, und somit von den Majestätsrechten der Krone nichts als der Name eines Königs von Galizien übrig bleiben würde,

sammtreiche zuseht, vorgegriffen, und seinen Beschlüssen eine hemmende Fessel bereitet hätte.

Indem ich also diesen Bestrebungen entschieden entgegen trat, erfüllte ich nur gewissenhaft meine Pflicht, wenn ich gleich dadurch den Haß der Partei und deren giftigste Schmähungen auf mich lud.

Ein anderer Gegenstand, der eine Veranlassung so vieler Angriffe auf meine Person geworden zu sein scheint, ist die von der Regierung verfügte Aufhebung der Robott und aller unterthänigen Leistungen gegen eine künftige Entschädigung aus Staatsmitteln. Die Partei, die das Wort führt, wollte die Aufhebung der Unterthansleistungen als ein Geschenk der Grundherrschaft an die Bauern ihrerseits verfügen, und führte nun bittere Klage über die Regierung, die ihrem Rechte, ihrer Absicht vorgegriffen haben sollte. Allein es waren die Grundherren im Allgemeinen nicht in der Lage, diese Leistungen ohne Weiteres und einfach zu verschenken, es war eine zum geringsten Theile aus den Berechtigten selbst bestehende Partei noch weniger ermächtigt, Siebigkeiten geschenktweise aufzulassen, wodurch nicht sowohl die Grundherren, als die auf deren Gütern verhypothekirten zahlreichen Gläubiger, in Folge der Entwerthung der Güter, ganz gegen die Bestimmungen der bestehenden Gesetze, die empfindlichsten Einbußen an ihrem Eigenthume und gegen ihre Zustimmung zu erleiden haben würden. Vergebens bemühte sich die Partei darzutun, daß nahe zu die Gesamtheit der Gutbesitzer sich zur Schenkung freiwillig verstanden habe, während in der That, wie jeder Unbefangene im Lande und die dortigen Zeitungen selbst Aufschluß geben können, nur eine verhältnißmäßig sehr unbedeutende Zahl von Gutbesitzern (60—80) bis zur Erscheinung des Patentes, welches die Aufhebung verfügt und die Entschädigung zusagt, sich zur unbedingten Schenkung bereit erklärten. Die Regierung bei der im Lande, besonders unter dem Landvolke bedenklich steigenden Aufregung, wobei die Gräuelszenen des Februars 1846 noch in lebhafter Erinnerung waren, sah sich zu einer eiligen Entscheidung in dieser Frage, zur Beschwichtigung der Gährung gedrängt; sie that hiermit nichts anders, als was als notwendige Folge der errungenen Freiheit der gegenwärtig versammelte Reichstag zu beschließen auf dem Wege ist, und suchte diese Forderung der Zeit mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit auf dieselbe Art in Einklang zu bringen, wie sie eben jetzt die constituirende Reichsversammlung durchzuführen beschäftigt ist.

Entlich scheint es die nach den Märzereignissen erfolgte Erhebung des ruthenischen Volkstammes in Galizien zur Erringung seiner nationalen und politischen Geltung und Selbstständigkeit, gegenüber den Ansprüchen der Polen, was als Grund vieler gehässiger Verdächtigungen meiner Person und Amtsführung in Galizien anzusehen sein dürfte. Der ruthenische Stamm bildet die Hälfte der ganzen Bevölkerung Galiziens und eine besondere Nationalität, die an Sprache, Sitten, Religionsbekenntniß und frühere Geschichte von der polnischen Nationalität abweicht. Nicht durch künstliche Agitation, vielmehr lediglich in Folge der Bewegung, die sich mit den Märzereignissen aller Nationalitäten bemächtigte, trat auch die ruthenische Bevölkerung Galiziens mit ihren nationalen Wünschen und Strebungen hervor, und wenn diese eine den Polen mehr feindselige Richtung

nahmen, so erklärt sich dieß ganz natürlich aus dem Jahrhunderte langen Druck, welchen der ruthenische Stamm unter polnischer Herrschaft zu dulden hatte. Es wäre übrigens lächerlich, zu glauben, daß ein Einzelner in der kurzen Zeit von 2 bis 3 Wochen einem Millionen zählenden Volke einen solchen Impuls hätte geben können; es wäre durchaus unerklärlich, wie eine so allgemeine Bewegung in wenigen Tagen hätte hervorgerufen werden können, wäre dieselbe nicht in der Nation selbst und in den Zeitverhältnissen gegründet. Das aber gestehe ich offen, daß ich mich nicht für berechtigt hielt, dem auf Anerkennung der Nationalität der Ruthener gerichteten Streben entgegen zu treten, weil es im Recht und im Geiste der Freiheit begründet war, weil die Ruthener durchaus im gesetzlichen Wege sich haltend, nur das ansprachen, was jeder Nation durch die verheißene Constitution gewährleistet ist, was auch die Polen aus denselben Gründen, übrigens viel stürmischer und in Maß und Uebermaß für sich selbst verlangten. Dieselbe Gerechtigkeit, die die Polen von der Regierung in Anspruch nehmen, kann dieselbe auch den Ruthenern nicht versagen, und ich hätte gegen Recht und Pflicht, gegen die Freiheit gehandelt, wenn ich die billigen Begehren der Ruthener zu unterdrücken gesucht hätte! —

Ich habe nur die Punkte auseinander gesetzt, aus denen sich die gegen mich gerichteten unbegründeten Angriffe ableiten zu müssen glaube. Sollte ich sie nicht errathen haben, so muß ich um die bestimmte Angabe derjenigen Facta bitten, welche zum Anhaltspunkte der gegen mich erhobenen Schmähungen dienen, da der genauesten Prüfung meiner Vergangenheit ungeachtet, es mir nicht möglich ist, dieselben zu ergründen. —

Auch allen meinen künftigen Gegnern muß ich die Bitte entgegen senden, zugleich mit ihren Angriffen die Ursache ihres feindlichen Auftretens, so wie die Beweisführung für ihre Ansicht der Öffentlichkeit und mir nicht vorzuenthalten, damit mir auch die Möglichkeit geboten werde, an das Urtheil des unparteiischen Publikums zu appelliren, und mit Gründen den Beschuldigungen entgegen zu treten.

Nachdem Sie, Herr Redakteur, die gegen mich gerichteten Ausfälle in Ihrem Blatte aufgenommen haben, so erwarte ich von Ihrer Unparteilichkeit, daß Sie auch dieser Erwiderung einen Raum in Ihrem Blatte gönnen werden.

Wien, den 26. August 1848.

Stadion.

Herr Graf Stadion!

Gewiß waren die von Ihnen besprochenen Ausfälle nicht gegen Ihre Person, sondern gegen ein Ministerium gerichtet, welches der Ausdruck und Träger Ihrer Ideen sein würde. Mit der Ihnen schuldbigen Offenheit spreche ich wiederholt meine Ansicht aus, daß Ihre Freisinnigkeit nicht über einen wohl geordneten Verwaltungs-Mechanismus hinaus gehe, mit welchem die Wahrheit einer Volksvertretung, die Selbstregierung des mündig gewordenen Volkes unverträglich wäre. Uebrigens beweist eben Ihr Schreiben, Herr Graf, daß die Verwirklichung eines Traumes vom Ministerium Stadion als nicht sehr fern von Ihnen geglaubt wird — ein Ereigniß, welches mit Hinblick auf den Abfall des bestehenden Ministeriums von der Volkssache unseren gegenwärtigen Zustand kaum verschlechtern könnte.

Leopold Häfner.

Börsenbericht vom 28. August 1848.

Motall. Obgat. zu 5%	81 ¹ / ₂	Anionen vom Jahre 1834	133	Esterházy Lose a 20 fl.	22	Griegutler Actien	97
" " 4%	85	1839	91	Waldstein'sche Lose	19	Pesther	67
" " 3%	49	Esterházy Lose a 40 fl.	51	Nordbahn-Actien	17 ¹ / ₂	Gmünder	170
Bnk-Actien	1107	Windischgrätz Lose	18	Malländer	77	Dampfschiff	460

Man pränumerirt in Wien im Jakobshof Nr. 796 mit 1 fl. C. M. monatlich, 3 fl. vierteljährig und 6 fl. halbjährig. — In den Provinzen bei allen Postämtern, vierteljährig 4 fl. 6 kr., halbjährig 8 fl. 12 kr., ohne Unterschied der Entfernung. Einrückungen aller Art werden angenommen im Redactions-Bureau, Kohlmarkt Nr. 260, 2. Stock.